

Alternatives Handelsmandat



Für eine neue Perspektive im Handel

Vorwort

Das Alternative Handelsmandat ist in einem ausgedehnten Anhörungsprozess mit der Zivilgesellschaft Europas entwickelt worden. Die Gruppen, die das Alternative Handelsmandat bilden und unterstützen, stimmen nicht notwendigerweise in allen Punkten dieses Dokumentes überein, stehen aber hinter dessen Hauptlinien. Sie betrachten das Dokument als in ständiger Entwicklung befindlich und laden deshalb andere Gruppen ein, sich der Debatte über die Zukunft der Handels- und Investitionspolitik der EU anzuschließen.

Das Bündnis des Alternativen Handelsmandats wird von Bauern und Bäuerinnen, Gruppen, die an Entwicklungsthemen arbeiten, Aktiven des gerechten Handels, Gewerkschaftern, Wanderarbeitern und -arbeiterinnen, Umweltschützern, Frauen-, Menschenrechts-, Verbraucher- und konfessionellen Basis-Gruppen aus ganz Europa gebildet, die eine alternative Perspektive zur europäischen Handelspolitik zu entwickeln suchen: eine Vision, die Menschen und den Planeten vor die großen Unternehmen stellt.

Inhalt

- 3 Für eine neue Perspektive im Handel
- 5 Alternatives Handelsmandat: Grundlagen
- 6 Grundsatz des Alternativen Handelsmandats:
demokratische Kontrolle über die politischen Handels-und
Investitionsstrategien
- 8 Alternatives Handelsmandat: 10 Kernprobleme

Für eine neue Perspektive im Handel

Es besteht kein Zweifel daran, dass in dem bestehenden, auf Unternehmensinteressen ausgerichteten globalen Handelsmodell, Menschen, Gemeinschaften und die Umwelt zu kurz kommen.

Der Handel müsste sich auf einen Austausch zwischen den Regionen mit ihren jeweiligen ökologischen und kulturellen Eigenarten gründen, die auf gerechte Weise ihre Produkte, Fähigkeiten und Handlungskraft teilen. In den letzten Jahrzehnten hat sich der Handel hingegen immer weniger auf den Güteraustausch konzentriert, sondern mehr und mehr darauf, im Streben nach Unternehmensgewinnen soziale Schutzrechte und Umweltstandards zu beseitigen. Das Projekt des Freihandels zwischen der EU und den USA - die Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (engl. TTIP) - ist hierfür ein gutes Beispiel: Obwohl man die Beseitigung von Handelsbarrieren zwischen Europa und den Vereinigten Staaten als Ausweg aus dem wirtschaftlichen Stillstand, in dem sich beide Blöcke gegenwärtig befinden, verkauft, wird in Wirklichkeit dieses Abkommen Sozial- Umwelt- und Arbeitsrechte in schwerwiegender Weise aushöhlen.

Der sich in immer schnellerem Rhythmus in Richtung Abgrund vollziehende Wettlauf hat das Leben bzgl. der Mittel zur Existenzsicherung und zu verlässlicher Gemeinschaftsbildung zerstört. Heutzutage wird der Handel von den Mächtigen der Welt als Kontrollsystem dazu benutzt, die besonderen Interessen von einigen Wenigen zu fördern. Die Ungerechtigkeit unseres gegenwärtigen internationalen Handelssystems hat jetzt das Herz Europas direkt getroffen. Denn die europäische Wirtschaftskrise ist nicht nur eine Schuldenkrise, sondern auch eine Krise eines auf Unternehmerinteressen ausgerichteten Handelsmodells. Die Beseitigung der Finanzkontrollen und die Liberalisierung der Finanzdienstleistungen haben dem Banken- und Finanzdienstleistungssektor ermöglicht, in fahrlässiger Weise zu spekulieren. Das geschah zusätzlich zu den Handelsnormen der EU, die ein enormes Handelsungleichgewicht zwischen den Mitgliedsstaaten der EU erlaubt haben. Beides hat die europäische Schuldenkrise verschärft. Die fortgesetzte Durchführung von Privatisierungen, der Abbau von Arbeitsrechten und die drastischen sozialen Kürzungen - während die Banken, die die Krise verursacht haben, weiterhin von den Handelsgesetzen geschützt werden - sind der Widerschein der verheerenden Auswirkungen der Handelsnormen auf Millionen von Menschen an anderen Orten der Welt.

Unser Handelssystem überschreitet auch systematisch die Grenzen der Biosphäre unseres Planeten. Der ökologische Fußabdruck der EU - Ergebnis des Handelssystems und seines Konsumniveaus - ist einer der größten der Welt. Das hat in der ganzen Welt für viele Menschen zu einem Verlust des Besitzes an Grund und Boden, Wasser und anderer Ressourcen geführt, während zur gleichen Zeit unser Planet in einen unumkehrbaren Klimawandel hineinsteuert. Vor diesem Zusammenhang ist es nicht nur möglich, sondern unausweichlich notwendig, eine neue Perspektive für den Handel zu ergreifen. Außer einem echten und ständigen Beteiligungsprozess müssen die EU und ihre Mitgliedsstaaten die Auswirkungen ihrer Maßnahmen bewerten und die Ergebnisse in einer Weisen öffentlich machen, dass die Bürger und Bürgerinnen als informierte Beteiligte Entscheidungen treffen können.

Von dieser Notwendigkeit überzeugt, haben sich mehr als 50 europäische Organisationen - in denen Bauern, Gewerkschafter, Menschenrechtsverteidiger, Umweltschützer, Netzwerke des gerechten Handels und Entwicklungsfachleute vertreten sind - zusammengefasst, um ein Alternatives Handelsmandat zu entwickeln. Dieses spricht sich für eine Revision der Handelsordnung aus, die in wirkliche und durchführbare Alternativen mündet, in denen der Handel der gesamten Welt und der Umwelt dient.

Im Unterschied zu den laufenden Handelsverhandlungen, die hinter verschlossenen Türen stattfinden und nur den multinationalen Unternehmen einen privilegierten Zugang zu den Verhandlungen anbieten, sind unsere Beratungen für dieses Mandat partizipativ und transparent gewesen und haben ergeben, dass man 10 Bereiche des Handels verändern muss. Das Mandat analysiert sowohl 10 Problembereiche in seinen Einzelheiten, als auch die notwendige Leitlinie, der alle Reformvorschläge unterliegen: Die demokratische Kontrolle muss über den politischen Strategien für Handel und Investitionen stehen.

Dieses Dokument ist offen für Kommentare, weil wir glauben, dass nur ein Handelsmandat für Menschen und den Planeten funktionieren kann. Wir laden Jede und Jeden ein, diese Seiten zu lesen und uns ihre Ideen zu übermitteln.



ALTERN TRADE MANDA

Alternatives Handelsmandat

Grundlagen

Das Alternative Handelsmandat beruht auf einer demokratischen Kontrolle der Handels- und Investitionsstrategien. Unser Mandat verlangt eine Handels- und Investitionspolitik, die erlaubt:

- dass die Menschenrechte, die Rechte der Frauen, der Indigenen, Arbeitsrechte und Umweltschutzrechte über unternehmerische und private Interessen herrschen.
- strukturelle Transformation: umfassenden Zugang zu qualitativ hochwertigen öffentlichen Leistungen, sozialen Schutz, strengste Arbeitsrechts- und Umweltnormen, Demokratie und Transparenz.
- dass die Regierungen Importe, Exporte, und Investitionen so regulieren, dass sie den eigenen Strategien für eine nachhaltige Entwicklung dienen.
- dass die Länder, Regionen und Gemeinden die Produktion, die Verteilung und den Konsum ihrer eigenen Güter und Dienstleistungen kontrollieren können.
- dass die europäische Handelspolitik das Recht von Ländern und Regionen respektiert, lokalen und regionalen Handel zu entwickeln und diesem Vorrang vor dem globalen Handel einzuräumen, beispielsweise im Bereich der Lebensmittel.
- dass die europäischen Regierungen und Parlamente europäische Unternehmen für die sozialen und ökologischen Folgen von deren Operationen in Europa und dem Rest der Welt in Haftung nehmen können.
- dass die Ernährungssicherheit respektiert wird und man den Ländern und Gemeinschaften erlaubt, dem lokalen und regionalen Ernährungssystem Vorrang zu geben.
- dass man eine Industriepolitik fördert, die einen gerechten Übergang zu einem anderen Entwicklungsmodell bevorzugt.
- dass man die sozialen und umweltbezogenen Regulierungen verstärkt und die vollständige Transparenz der globalen Wertschöpfungskette gewährleistet.
- dass man eine gerechte Verteilung des Ertrags der globalen Wertschöpfungskette gewährleistet und stabile und würdige Einkommen für Produzenten und Arbeiter garantiert, sowie erschwingliche Preise für die Konsumenten, insbesondere für Nahrungsmittel und Medikamente.
- dass die Regierungen, Parlamente und öffentlichen Autoritäten das volle Recht zur Regulierung des Finanzmarktes und Finanzdienstleistungen haben, um soziale Rechte und Wohlstand zu schützen, Nachhaltigkeit sicherzustellen, demokratische Kontrolle zu bewahren und finanzielle Stabilität zu garantieren (unter anderem durch Begrenzung von Kapitalbewegungen).
- den Austausch von Wissen und freien Zugang hierzu durch freie Software (open source systems), Initiativen zum Austausch von Saatgut, Patentpools und offene Lizenzsysteme, um Innovationen und den Zugang zu Medikamenten zu fördern.
- dass bestimmte Bereiche, unter denen sich öffentliche Güter wie Wasser, Gesundheits- und Erziehungswesen oder Finanzdienste befinden, von Verhandlungen der EU über Handel und Investitionen ausgeschlossen bleiben.
- gemeinsame Verantwortungen anzuerkennen, aber einen Unterschied zu den in Entwicklung befindlichen Ländern macht und eine besondere und differenzierte Behandlung der Ärmsten gewährleistet.
- dass man den Grundsatz der Vorsorge (mit dem man die Verantwortung übernimmt, die Öffentlichkeit vor potentiellen Schäden zu schützen, auch wenn diese sich noch nicht zeigen) bei allen Regulierungen und Normen des Handels und der Investitionen anwendet.

Grundsatz des Alternativen Handelsmandats: Demokratische Kontrolle über die politischen Handels- und Investitionsstrategien

Um gerechtere und demokratischere Gesellschaften zu entwickeln, müssen wir nicht nur die politischen Strategien des Handels und der Investitionen, die in den folgenden Abschnitten beschrieben sind, ändern, sondern auch die Form der Entscheidungen, die in diesem Bereich zu treffen sind: Die Menschen müssen die Kontrolle über die normativen Prozesse der EU bei Handel und Investitionen einfordern.

Die wichtigsten Probleme

Die Geheimniskrämerei bei Handelsverhandlungen:

Die Verhandlungen der EU mit Drittländern finden in diesem Bereich hinter verschlossenen Türen statt. In keinem der EU-Mitgliedsländer sind der Öffentlichkeit die Verhandlungspositionen oder Texte bekannt bis das die Verhandlungen abgeschlossen sind, obwohl die Handelsabkommen der EU die europäischen Bürger und Bürgerinnen genauso betreffen, wie jedes öffentlich debattierte Gesetz.

Die Politik des Handels und der Investitionen wird von nicht gewählten Funktionären kontrolliert:

Die Handelspolitik der EU wird dominiert von der Europäischen Kommission, einem nicht gewählten Organ. Diese Kommission ist die einzige Institution, die das Recht hat, Initiativen auf dem Gebiet der Handelspolitik zu ergreifen, Gesetzesvorschläge in diesem Bereich zu machen und Verhandlungen aufzunehmen. Weder die Bürgerschaft noch die nationalen Parlamente oder das Europäische Parlament haben dieses Recht. Die Rolle des Europäischen Parlaments beschränkt sich ganz einfach auf ein „Ja“ oder „Nein“ zu einem fertig ausgehandelten Handelsabkommen.

Die heuchlerische Befragung der Zivilgesellschaft:

Es ist sehr selten üblich, dass die Europäische Kommission der Zivilgesellschaft die Möglichkeit gewährt, in den entsprechend Themen mit zu diskutieren. Wenn dies überhaupt der Fall ist, sind diese Diskussionen sehr technisch und nehmen einen Verlauf zugunsten des freien Handels und es mangelt ihnen bis heute an einem formalen Status, um die ausgeübte Politik beeinflussen zu können.

Die unternehmerischen Interessengruppen am Ruder:

Im Gegenteil erlaubt die Europäische Kommission den unternehmerischen Interessengruppen den Zugang zur sensiblen Information über die laufenden Verhandlungen, eine Information, die sie nicht mit den Gruppen teilt, die im öffentlichen Interesse arbeiten.

Die Kommission gewährt den großen Unternehmen auch einen unrechtmäßigen Einfluss auf die Entstehungsprozesse der Handelspolitik, in dem sie mit ihnen hinter verschlossenen Türen Hunderte von exklusiven Treffen veranstaltet. Aus diesem Grund findet man in allen Positionen der EU die Handschrift der Unternehmen in den Wirtschaftsverhandlungen, die zu Ergebnissen führen, die nicht zum Nutzen der europäischen Bevölkerung gereichen.

Faktische Unumkehrbarkeit der Handelsabkommen der EU:

Die Abkommen für Handel und Investitionen begrenzen in schwerwiegender Weise demokratische Entscheidungen, die eine Gesellschaft zukünftig treffen kann, weil sie die normativen Wahlmöglichkeiten festlegen und den großen Unternehmen weite Befugnisse zugestehen, neue Gesetze anzufechten. Handelsabkommen zu verändern, ist sehr viel schwieriger, als Änderungen an gewöhnlichen nationalen Gesetzen zu erreichen und kann sehr kostspielige Schadensersatzansprüche verursachen.

Die Perspektive des Alternativen Handelsmandats: Beendigung der Geheimniskrämerei, der Aneignung der Macht durch Unternehmen und der Herrschaft der Europäischen Kommission.

Wir schlagen ein völlig neues Verfahren vor, um Handelsabkommen zu beginnen, zu verhandeln, abzuschließen und Handelsabkommen zu überprüfen, und das eine sehr viel wichtigere Rolle der Zivilgesellschaft und der Parlamente sicherstellt. Dies beinhaltet in der Handelspolitik eine Rolle inne zu haben, welche die Aneignung von Macht durch Unternehmen verhindert und die unmäßige Geheimniskrämerei, welche die gegenwärtigen Verfahren kennzeichnet, auflöst.

Wie ist das zu erreichen?

Gewährleistung von Transparenz und Öffnung:

Alle Verhandlungspositionen und Textentwürfe müssen ohne Verzögerung veröffentlicht werden. Die Kommission, die Mitgliedsstaaten und die Parlamente müssen in periodischer Weise und proaktiv über das Internet den Zugang zu Informationen über die Treffen und die Korrespondenz zwischen Funktionären, Parlamentariern und Interessengruppen mit dem Ziel gewährleisten, die Öffentlichkeit darüber zu informieren: Wer versucht Wirtschaftsverhandlungen zu beeinflussen, in wessen Namen, mit welchen Mitteln, mit welchem Zeitplan und welchem Ergebnis dies geschieht.

Stärkung der Rolle der Parlamente:

Der Ausgangspunkt unserer alternativen Vision besteht darin, die Rolle der Europäischen Kommission zu verringern und die Parlamente zu stärken. Dies sollte in allen Schritten von Entscheidungsprozessen und Verhandlungen geschehen. Wenn Demokratie darin besteht, dass politische Entscheidungen von Menschen und ihren Repräsentanten getroffen werden, dann dürfen politische Aktivitäten des Handels und der Investitionen nicht von nicht gewählten Körperschaften abhängen.

Gewährleistung von wesentlicher Beteiligung der Zivilgesellschaft:

Mit dem Ziel, ein Höchstmaß an Inklusion und Beteiligung zu garantieren, müssen die nationalen Parlamente im Bereich der Mitgliedsstaaten eine wesentliche Beteiligung der Zivilgesellschaft organisieren. Nur die nationalen Parlamente und das europäische Parlament dürfen die Zuständigkeit haben, Verfahren einzuleiten, die zu Handelsverhandlungen führen.

Aber vor dem Beginn von solchen Verhandlungen müssen gründliche, unabhängige, transparente Bedarfsstudien unter Einschluss der Zivilgesellschaft, NGO's, Gewerkschaften und anderen repräsentativen Verbänden der Mitgliedsstaaten der EU durchgeführt werden. Auf gleiche Weise müssen im Partnerland des Vertrages Bedarfsstudien ausgeführt werden um festzustellen, dass ein Handelsvertrag mit diesem Land einem allgemeinen Interesse entspricht.

Die Parlamente müssen auch regelmäßig öffentliche Anhörungen über den Fortschritt der Verhandlungen und beim Erreichen eines Vertragsentwurfs zwischen der Kommission und dem Partnerland organisieren.

Absprachen zu und Überarbeitung von Handelsabkommen:

Ist ein Vertragsentwurf zwischen der EU und dem Partnerland erreicht, so muss dieser einer unabhängigen Bewertung im Hinblick auf seine Auswirkung auf Nachhaltigkeit und Menschenrechte unterworfen werden. Danach kann die Bewertung veröffentlicht werden, um eine zweite Runde öffentlicher Anhörung und demokratischer Prüfung zu eröffnen. Sowohl die nationalen Parlamente als auch das Europäische Parlament müssen das Recht haben, Abänderungen am vorläufigen Vertragstext vorzuschlagen, der anschließend nachverhandelt werden muss. Das Schlussabkommen muss vom Europäischen Parlament und den nationalen Parlamenten ratifiziert werden.

Ist das Abkommen einmal in Kraft getreten, muss mindestens alle fünf Jahre eine gründliche Bewertung vorgenommen werden. Das Europäische Parlament, die nationalen Parlamente und das Vertragspartnerland können jederzeit Verhandlungen über Vertragsänderungen fordern.

Verhindern, dass sich Unternehmen des Prozesses bemächtigen:

Während des Beratungs- und Entscheidungsprozesses muss der privilegierte Zugang und „die Geiselnahme der Politik“ durch Interessengruppen der Industrie verhindert werden. Deshalb müssen die Beratungen die Einbeziehung eines breiten Spektrums von Interessen und Gesichtspunkten, einschließlich der von denjenigen, die sich direkt oder indirekt von einem Handelsabkommen betroffen sehen, gewährleisten.

Alternatives Handelsmandat: 10 Kernprobleme

Problem Nr.1: Nahrungsmittel (und wie wir diese erzeugen)

Unser globalisiertes Ernährungssystem führt zum Niedergang unserer Bauern und Bäuerinnen, unserer Gesundheit und der Umwelt. Auf der anderen Seite hat die Massenproduktion von Nahrungsmitteln nicht dazu geführt, den Hunger von Millionen von Menschen zu beseitigen. Die Liberalisierung des Handels und die fehlende Regulierung der Märkte haben dazu geführt, dass die Bauern und Bäuerinnen weltweit zu Preisen unter den Produktionskosten verkaufen müssen, und die Lebensgrundlage der bäuerlichen Gemeinden nicht mehr gesichert ist.

Hauptprobleme

Die „Lebensmittelfabrik“ EU, auf Export ausgerichtet, wird von großen multinationalen Unternehmen und der gemeinsamen europäischen Agrarpolitik beherrscht, einer Politik, die in der EU zu Überproduktion anregt und Raum für Praktiken von *Dumping* gibt und für die Bauern der Entwicklungsländer zur Zerstörung ihrer lokalen und regionalen Märkte führt. Diese Ausrichtung der EU erzeugt auch für die europäische Bauernschaft niedrige und instabile Preise.

Die geringe Aufmerksamkeit die nationale und internationale Politiken den unter liberalisierten Marktbedingungen wirtschaftenden Bauern Afrikas widmen führt dazu, dass diese sich nicht einmal mit den eigenen Mitteln ernähren können. Die Liberalisierung des Handels und die Regeln bilateraler Abkommen zur Öffnung der lokalen Märkte für billige europäische Importe verschlimmern ihre Lage noch.

Auf der anderen Seite benutzt man die knappen natürlichen Ressourcen der Entwicklungsländer für die Produktion von „Luxusgütern“, die für den Export bestimmt sind, wie Soja und Agrartreibstoffe für Europa, während die globale europäische Expansion im Ernährungssystem auch wesentliche und zerstörerische Auswirkungen auf die Umwelt hat.

Die Perspektive des Alternativen Handelsmandats: Ein nachhaltiger Ansatz für Ernährung.

Das Recht auf Nahrung kann keinen universellen Charakter haben, wenn man das gegenwärtige Modell der „industriellen Landwirtschaft“ anwendet, das Nahrungsmittel für einen unregulierten Weltmarkt erzeugt. Um die Zerstörung der Agrarmärkte des globalen Südens zu stoppen und die Abhängigkeit der EU von den natürlichen Ressourcen, wie auch ihre Erschöpfung in diesen Ländern zu verringern, muss sich die EU das langfristige Ziel setzen, ein höchstmögliches Maß an Lebensmittelselfversorgung zu erreichen.

Wie ist das zu erreichen?

Die EU muss ihre gemeinsame Agrarpolitik, ihre Handels- und Umweltpolitik, drastisch ändern.

Die EU muss:

- das Recht auf Nahrung und die Ernährungssouveränität respektieren was bedeutet, dass die Völker in Europa und im globalen Süden das Recht besitzen, ihre eigenen Ernährungssysteme zu definieren und zu kontrollieren, zu wählen was sie essen und der Gemeinschaft gesunde und bezahlbare Nahrungsmittel garantieren.
- die multilateralen, bilateralen und regionalen Freihandelsabkommen aufgeben, welche für die Bauern die Preise verzerren und zu ungleichem Zugang zu den natürlichen Ressourcen führen, und außerdem die Handelspartner bei ihren Abkommen dazu verpflichten, ihre Zölle und Quoten nicht zu senken, besonders dann, wenn diese die Ernährungssicherheit und die Lebensgrundlage der Bauern schützen sollen.

An deren Stelle muss die EU die Entwicklungsländer mit Schutzklauseln unterstützen, die diese zum Schutz ihrer lokalen Märkte gegen billige Importe anwenden können.

- ihre Selbstversorgung, mit Produkten, die in Europa erzeugt werden können, verbessern; hier insbesondere mit öl- und proteinhaltigen Kulturen als Alternative für die Einfuhr von Soja (GVO), Palmöl und Agrartreibstoffe, weil es bei diesen Produkten in den Herkunftsländern besonders negative Auswirkungen für Kleinbauern und Umwelt gibt.
- die Einfuhr von Pflanzenkraftstoffen in die EU beenden und die Vorschrift über die Beimengung von Pflanzenkraftstoff zur Verringerung der Nachfrage nach fossilen Kraftstoffen im europäischen Verkehrswesen aufgeben.
- in den Fällen, in denen Importe von Nahrungsmitteln in die EU notwendig sind, weil diese in ihrem Gebiet nicht erzeugt werden können (wie Kaffee und Kakao), sicherstellen, dass diese Produkte auf nachhaltige Weise angebaut werden und die Produzenten einen gerechten Preis erhalten.

- den Einsatz von Entwicklungshilfegeldern für die Ausfuhrländer erhöhen, damit diese anspruchsvolle Sozial- und Umweltstandards entwickeln können mit dem Ziel, die Ernährungssicherheit und lokalen Lebensgrundlagen nicht zu gefährden.
- die Progression der europäischen Zölle für verarbeitete tropische Erzeugnisse aufgeben, damit Hersteller und Unternehmer in den exportierenden Ausfuhrländern des Südens durch Verarbeitung einen Mehrwert für ihre Erzeugnisse erzielen können.
- Investitionen in Ernährung und landwirtschaftliche Flächen außerhalb der EU, die schädliche Einflüsse auf Ernährung, die Lebensgrundlage und Umwelt in den entsprechenden Ländern haben, in neue Abkommen mit der Verpflichtung zur Beachtung der Menschenrechte einbinden.
- die Praktiken nachhaltiger Landwirtschaft, welche die Biodiversität, die Bodenfruchtbarkeit verbessern und den Einsatz von fossilen Brennstoffen zur Abwendung des Klimawandels verringern, in Europa und dem globalen Süden unterstützen.
- das gegenwärtige System der Angebotssteuerung in der EU bei Milchprodukten und Zucker verbessern und nicht abschaffen und die Möglichkeit untersuchen, ob dieses System nicht auf andere Basisprodukte wie Fleisch und Getreide ausgedehnt werden kann.
- gut organisierte Nahrungsmittelreserven (besonders Getreide) als Mittel zur Verringerung der übertriebenen Preisschwankungen in den Märkten landwirtschaftlicher Basisprodukte vorhalten.
- die Standards für Umwelt und artgerechte Tierhaltung in der europäischen Landwirtschaft stärken und sicherstellen, dass die großen europäischen Handelsketten nicht auf den internationalen Märkten Produkte einkaufen können, die dort auf Grund niedriger Produktionsstandards zu geringeren Preisen angeboten werden.
- alle gesetzgeberischen Initiativen stoppen, welche die Vielfalt traditionellen Saatgutes gefährden und Politiken gegen gentechnisch veränderte Produkte im europäischen Anbau und bei Importen stärken.
- die Verpflichtung zur Information über die Verwendung von Zusatzstoffen, nano-technologischen Stoffen und gentechnisch veränderten Futtermitteln bei der Erzeugung von Eiern, Milchprodukten und Fleisch verstärken.
- bäuerliche Familienbetriebe respektieren und durch die Gewährleistung von Preisen belohnen, die alle Produktionskosten, sowie Umwelt und soziale Kosten und Kosten einer artgerechten Tierhaltung einschließen und die vom Verbraucher zu zahlen sind.

Problem Nr.2: Arbeitsplätze u. Arbeitsrechte (wie wir sie schaffen u. schützen)

Die Handelsstrategie der EU verfolgt die Erleichterung und Verbilligung der Vermarktung von Gütern und auch die Förderung öffentlicher Ausschreibungen und Auslagerung öffentlicher Dienstleistungen ohne Eigentumsbeschränkungen oder Begrenzungen des Kapitalverkehrs. Das erlaubt den transnationalen Unternehmen ihre Produktion auf der Suche nach den günstigsten Bedingungen schnell von einem Land ins andere zu verlagern und mit dieser Möglichkeit Gewerkschaften und Regierungen zu drohen, wenn diese versuchen, die Aktivitäten der Unternehmen zu regulieren. Auf diese Weise versetzen die gegenwärtigen Regeln für Handel und Investitionen Arbeiter und Arbeiterinnen in die Situation des direkten Wettbewerbs untereinander, unabhängig davon, wo sie sich befinden. Die Regierungen werden gezwungen, in einen Wettlauf zur Senkung von Arbeitsrechten und Steuern einzutreten mit dem Ziel, für Investitionen attraktiv zu sein.

Hauptprobleme

Die Länder die versuchen würdige Arbeitsbedingungen aufrechtzuerhalten, sehen sich Masseneinstellungen gegenüber, während die Arbeiter und Arbeiterinnen in Ländern mit niedrigen Arbeitsrechtsstandards die Herstellung billiger Produkte mit miserablen Löhnen, gefährlichen Arbeitsbedingungen und den entsprechenden Entbehrungen die das mit sich bringt, „subventionieren“.

Diese Politik dient nur den Interessen der Wirtschaftseliten, die den Verbrauchern billigste Produkte anbieten möchten und gleichzeitig Druck ausüben, dass man in striktester Weise Patente auf Medikamente und Investitionen schützen, als auch ihren eigenen Unternehmen den größtmöglichen

Marktzugang garantieren soll. Andererseits setzt die Liberalisierung des Handels vor allen Dingen die kleinen und mittleren lokalen Unternehmen dem internationalen Wettbewerb aus. Dies kann besonders zwischen Ländern mit sehr unterschiedlichem Entwicklungsstand zu Verlust von Marktanteilen, Arbeitsplätzen und allgemein unsauberen Handelspraktiken führen

Die Perspektive des Alternativen Handelsmandats: Unterstützung der Globalisierung würdiger Arbeit

Das Alternative Handelsmandat verfolgt die weltweite Schaffung von mehr würdiger Arbeit und die Förderung einer Handelspolitik, die den Arbeitsrechten dient.

Wie ist das zu erreichen?

Die EU muss:

- die Auswirkungen der Handelsabkommen auf Beschäftigung, soziale Rechte und Umwelt vorab und genau überwachen und zulassen, dass Vertreter der städtischen und ländlichen Bereiche, Gewerkschaften und Organisationen der Zivilgesellschaft den Umgang mit der sozialen Dimension dieser Abkommen beaufsichtigen und die Vorkehrungen zu deren Ausführung verhandeln.
 - rechtsverbindliche Anordnungen und Mechanismen zur Lösung arbeitsrechtlicher Streitigkeiten festsetzen, bei denen starke wirtschaftliche Sanktionen (wie die Streichung von Handelsvorteilen) gegen Unternehmen und die Unterzeichnerländer möglich sind.
 - den Arbeitsnormen durch Mechanismen der Verantwortlichkeit der Investoren Geltung verschaffen mit der Zuständigkeit, gegen Unternehmen, welche diese Normen nicht erfüllen, Geldbußen zu verhängen.
 - den Zolldienst mit dem Ziel verstärken, Erzeugnisse wirkungsvoll aufzuspüren und zu beschlag-
- nahmen, die mit Kinder- und Zwangsarbeit hergestellt wurden.
- das Recht garantieren, sowohl in Europa als auch im Rest der Welt, Gewerkschaften zu bilden und diesen beizutreten und Kollektivverhandlungen zur Festlegung von Löhnen auf Branchenebene oder branchenübergreifend zu fördern.
 - die Ratifizierung und breite Anwendung aller Abkommen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) und der Anweisungen der Organisation für Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) für multinationale Unternehmen fördern.
 - von den Unternehmen Rechenschaft für die sozialen und Umweltfolgen ihrer Aktivitäten in Europa und dem Rest der Welt fordern.
 - die Bewegungsfreiheit von Menschen und die Anwendung der Arbeits- und Vertragsbedingungen der Zielländer für den Fall garantieren, dass diese vorteilhafter sind, als diejenigen des Herkunftslandes.

Problem Nr.3: Die Sicherung des gesetzgeberischen Raums zur Durchsetzung der Menschenrechte

Die gegenwärtige Handelspolitik der EU strebt in verschiedenen Ländern die Begrenzung des gesetzgeberischen Raums zur Regulierung des Handels und Schutzes lokaler Märkte an und damit für Normen, die für den Schutz der Lebensgrundlagen der verletzlichsten Bereiche der Gesellschaft und zur Durchsetzung wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Rechte erforderlich sind.

Hauptprobleme

Kraft internationalen Rechts sind Staaten verpflichtet, die Menschenrechte, einschließlich wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Rechte zu achten, zu schützen und zu überwachen. Trotzdem schließen aktuelle Handelsabkommen der EU Auflagen mit ein, die es erschweren oder unmöglich machen, dass andere Staaten diese Obliegenheiten erfüllen. Die Verfügungen in den Handelsabkommen, welche beispielsweise die übermäßige Reduzierung von Zöllen erlauben, können einen Anstieg von Nahrungsmittelimporten begünstigen, die lokale Bauern vom Markt verdrängen und ihre Einkommen und das Menschenrecht sich selbst ernähren zu können, gefährden.

Die Handelsinitiativen, die sich darauf konzentrieren Entwicklung durch Agrarexporte anzutreiben, können Landraub und Vertreibung begünstigen und die Rechte der ländlichen Gemeinschaften auf Nahrungsmittel, Wohnung und Wasser bedrohen. Die Vertragsklauseln über geistiges Eigentum können den Zugang kleiner Bauern zu Saatgut und Kranken den zu bezahlbaren generischen Medikamenten beschrän-

ken und so ihre Menschenrechte auf Ernährung und Gesundheit gefährden.

Die Verfügungen in den Handelsabkommen bezüglich öffentlicher Dienstleistungen können Länder dazu verpflichten, diese zu privatisieren und damit die Menschenrechte armer Menschen auf Wasser, Gesundheit und Bildung bedrohen, weil sie für die Marktpreise für diese Dienste nicht bezahlen können.

Die Perspektive des Alternativen Handelsmandats: Gewährleistung dass Menschenrechte vorrangig über unternehmerischen Interessen stehen.

Ein Alternatives Handelsmandat teilt den Grundsatz, dass Menschenrechte vorrangig über den kommerziellen Interessen der großen Unternehmen stehen. Die Mitgliedsstaaten der EU haben die Pflicht, die Menschenrechte nicht nur innerhalb ihres eigenen Territoriums, sondern auch außerhalb dieses zu respektieren, zu schützen und durchzusetzen. Darüber hinaus verpflichten Artikel 3 und 21 des Lissaboner Vertrags die EU, die Menschenrechte in ihrer Außen- und Handelspolitik zu respektieren und zu fördern.

Wie ist das zu erreichen?

Die EU muss:

- ihre Handelspolitik so verändern, dass sie mit ihren internen und extraterritorialen menschenrechtlichen Verpflichtungen sowohl der eigenen als auch der ihrer Mitgliedsstaaten übereinstimmt, deren Leitlinie die Vorrangstellung der Menschenrechte sein muss.
 - sicherstellen, dass die Handelsabkommen niemals den gesetzlichen Handlungsspielraum anderer Länder zur Anwendung notwendiger Mittel zur Durchsetzung der Menschenrechte einschränken.
 - auf systematische Weise die Menschenrechte in die Bewertung über die Auswirkungen auf die Nachhaltigkeit einbeziehen.
- Die neuen Bewertungen über Auswirkungen auf die Menschenrechte und Nachhaltigkeit müssen vor Beginn jeglicher Verhandlungen durch eine unabhängige Institution unter Beteiligung der Zivilgesellschaft vorgenommen werden. Die Schlussfolgerungen aus diesen Bewertungen müssen veröffentlicht und im Europäischen Parlament debattiert werden und als Grundlage für ein Mandat zu Handelsverhandlungen dienen.
- die Abkommen und Handelsinitiativen die als Bedrohung für die Menschenrechte in Europa und anderen Ländern angesehen werden aufheben oder auf der Grundlage einer öffentlichen und parlamentarischen Debatte ändern.

Problem Nr.4: Geld, und wie wir das investieren

Die internationalen Investitionsabkommen bieten Zugang zu den Märkten und für die ausländischen Investoren ein hohes Maß an Schutz und untergraben damit den internen gesetzlichen Handlungsspielraum. Sie verhindern auch, dass man den Kapitalfluss in das Land hinein und aus dem Land heraus beschränken kann, was bedeutet, dass die Länder die Kontrolle über ihre eigene Wirtschaft verlieren können.

Hauptprobleme

Die internationalen Investitionsabkommen bieten ausländischen Investoren einen unbegrenzten Zugang zu den Märkten, wie auch viele Vorteile, die normalerweise den nationalen Unternehmen vorbehalten sind. Das schränkt den gesetzlichen Handlungsspielraum ein und hat negative Auswirkungen auf Sozialleistungen, Umweltschutz und wirtschaftliche Entwicklung, weil lokale Industrien dem Wettbewerb mit mächtigen transnationalen Unternehmen ausgesetzt sind.

Die Investitionsabkommen lassen auch Raum für eine wachsende „Epidemie“ bei den großen Unternehmen, die bestimmte Vertragsklauseln dazu benutzen, Länder zu verklagen, wenn sie der Auffassung sind, dass deren Politiken (z.B. beim Arbeits- und Umweltrecht) ihre Gewinne gefährden.

Derartige Prozesse sind für die Staatskasse extrem kostspielig und halten Regierungen davon ab, Maßnahmen zum Schutz sozialer Bereiche oder der Umwelt zu ergreifen.

Die Perspektive des Alternativen Handelsmandats: In eine gerechte Zukunft investieren

Ausländische Investitionen müssen für die Schaffung einer gerechteren und nachhaltigeren Zukunft für alle Menschen, Gemeinschaften und die Umwelt verwendet werden und nicht nur zur Erzeugung der Gewinne jener, die über das Kapital für Investitionen verfügen.

Wie ist das zu erreichen?

Unsere Regierungen müssen:

- es unterlassen vorzutäuschen, dass unbegrenzte ausländische Direktinvestitionen ein Wundermittel seien, die automatische den Nehmerländern Nutzen brächten.
 - bestehende Investitionsabkommen der Mitgliedsstaaten, die in den Nehmerländern die gesetzlichen Pflichten zur Achtung, zum Schutz und Gewährleistung der Menschenrechte behindern, aufheben und eine nachhaltige Entwicklung gewährleisten.
- das Recht zu Überwachung des Verhaltens der Investoren behalten und zu unerwünschten und unangemessenen ausländischen Investitionen „Nein“ zu sagen und dies auch noch nach erfolgter Investition (z.B. wenn der Investor Vorschriften nicht einhält oder wenn nach der Investition erfolgte gesetzliche Entscheidungen bedeuten, dass diese nicht mehr im allgemeinen Interesse liegt.)
 - das Recht behalten, die Kontrolle über das Kapital auszuüben, um zu verhindern, dass die ausländischen Investoren ihr Geld der Wirtschaft entziehen können.

- Steuerhinterziehung stoppen, angemessene Tarife für Steuern und Abgaben festsetzen und sicherstellen, dass die ausländischen Investoren mindestens Steuern in der gleichen Höhe zahlen, wie die Unternehmen des Landes und das steuerliche Gebaren der ausländischen Investoren nach Land und Projekt veröffentlichen.
- die vorstehend erwähnten Rechte ausüben können, ohne dass sie sich von den Investoren bedroht sehen, in kostspielige Prozesse vor internationalen Tribunalen, wie dem Internationalen Zentrum zur Beilegung Investitionsstreitigkeiten (ICSID), verwickelt zu werden.
- garantieren, dass die ausländischen Investoren und ihre Zweigunternehmen volle juristische Verantwortung, auch in ihren Herkunftsländern, für eine Mitschuld an Menschenrechtsverletzungen, Umweltzerstörungen und Steuerhinterziehung übernehmen, einschließlich der schädlichen Praktiken von Gewinnverschiebungen in steuerlich günstigere Länder.
- gesetzliche Maßnahmen gegen transnationale Unternehmen im Falle schlechten Unternehmensverhaltens und Menschenrechtsverletzungen sowohl durch nationale Gerichte in den Herkunfts- und Niederlassungsländern, als auch im internationalen Umfeld

erleichtern (und erlauben, dass dies auch betroffene Gemeinschaften selbst tun können).

- der Bürgerschaft Zugang zu geplanten Investitionsprojekten mit dem Ziel einer freien, vorherigen und informierten Zustimmung aller interessierten Seiten anbieten.

Die internationale Gemeinschaft muss:

- den bestehenden internationalen Rechtsrahmen, der die sozialen, arbeitsrechtlichen, wirtschaftlichen Rechte, Menschen- und Umweltrechte regelt, durchsetzen und sicherstellen, dass jegliche Investition Sozial- und Umweltzielen und den Menschenrechten durch die Auferlegung verbindlicher Verpflichtungen für die internationalen Investoren entspricht.
- eine Reihe von Sanktionen für jene Unternehmen vereinbaren, die ihren Verpflichtungen hinsichtlich der Achtung der Menschenrechte und des Umweltschutzes nicht nachkommen
- einen internationalen Strafgerichtshof einrichten, der durch internationale Unternehmen begangene Verbrechen aburteilt.

Problem Nr.5: Banken und Spekulanten (und wie sich die Finanzindustrie verhält)

Der Sektor der Finanzdienste, der die Geldmittel für den Handel, ausländische Direktinvestitionen und die Gesellschaft kanalisiert, hat viele Vorteile und Gewinne in den eigenen Bereich umgelenkt. Als reicher und einflussreicher Sektor hat er es erreicht, die Regierungen davon zu überzeugen, dass sie deregulieren müssten und die Handels- und Investitionsabkommen, auch die zukünftigen, alle eingeführten Regulierungen und Kontrollen einschränken müssten, was zu verheerenden Folgen geführt hat.

Hauptprobleme

Das Zusammentreffen einer minimalen Regulierung mit den Handelsabkommen, welche die Tür zu einem globalen Markt aufstießen (dank des Druckes der Finanzindustrie), führten dazu, dass Banken, Finanzierungsgesellschaften und Spekulanten sich in den ersten Jahren des neuen Jahrhunderts eine goldene Nase verdienten. Diese Akteure profitierten von einem hochriskanten Kasinosystem, das schließlich das globale Wirtschaftssystem ins Wanken brachte. Die zaghaften Finanzreformen und die Aufrechterhaltung der Handelsnormen, die schon vor der Krise herrschten, verursachen in Europa und dem Rest der Welt für die Armen und Verletzlichsten Bürger weiterhin unberechenbare Schäden.

Die Perspektive des Alternativen Handelsmandats Eine Revolution der Finanzdienstleistungen und Banken

Der Finanzsektor muss von einem riskanten, instabilen Sektor, für den die Gesellschaft zahlt, in einen streng regulierten Sektor überführt werden, der Basis-Finanzdienste jeder und jedem gewährt und zur Entstehung einer gerechten, nachhaltigen Gesellschaft beiträgt. Handel und Investitionen in Finanzdienstleistungen und Abkommen in diesem Umfeld müssen das Ziel stärken, alle grenzüberschreitenden Maßnahmen von Finanzdienstleistungen in Zusammenarbeit auszuführen.

Wie ist das zu erreichen?

Die EU muss:

- die finanzielle Stabilität in der Form zu einem öffentlichen Gut machen, dass alle nationalen, europäischen

und internationalen Politikstrategien, die mit Bank- und Finanzdienstleistungen zu tun haben, Inklusion, Nachhaltigkeit und Stabilität über die Rentabilität als Ziel und Priorität stellen.

- alle Finanzprodukte daraufhin analysieren, ob sie einen sozialen, wirtschaftlichen und / oder Umwelt-nutzen haben und einfach und leicht verständlich sind. Die Finanzprodukte, die sich nicht an diese Vorgaben anpassen und eine große Komplexität und ein hohes Risikoniveau aufweisen, müssen ausgemerzt und verboten werden.
- muss Mittel anwenden, welche die Übernahme von Risiken, Spekulation, maßlosen Gewinnen und die Kultur exzessiver Bonifikationen begrenzen. Dies muss Finanztransaktionssteuern zur Finanzierung nachhaltiger Maßnahmen zugunsten der armen gesellschaftlichen Bereiche beinhalten.
- sicherstellen, dass die Anbieter von Finanzdienstleistungen - unter ihnen Banken, Risikofonds und Versicherungsunternehmen - nicht so groß werden, dass man sie nicht bankrott gehen lassen oder regulieren und überwachen kann.
- die Steuerparadiese beseitigen und verhindern, dass Banken und Investoren in ihnen oder von ihnen aus operieren. Man muss Mechanismen der internationalen Zusammenarbeit und des Informationsaustausches einrichten, um Steuerumgehung oder-hinterziehung, Kapitalflucht und das geheime Verstecken von Schwarzgeld auf ausländischen Banken verhindern oder aufzudecken.
- sicherstellen, dass alle Prozesse zur Schaffung der Regeln für den Finanzsektor auf internationalem Niveau bis hin zur lokalen Ebene transparent sind und unter strikter demokratischer Kontrolle stehen und sich nicht in den Händen von für die großen Unternehmen und Investitionen vorteilhaften Unterhändlern oder Organisationen, in denen die Beteiligten von den Lobbyisten des Finanzsektors beeinflusst sind, befinden.
- bestehende Handelsabkommen aufheben, die darauf ausgerichtet sind, Finanzdienstleistungen zu liberalisieren. Es wäre durchaus hinnehmbar, dass die Regierungen unter Banken und Anbietern von Finanzdienstleistungen in Abhängigkeit von der Qualität deren Produkte und Dienstleistungen wählten und ob sie in der nationalen Wirtschaft verwurzelt sind oder nicht.
- die internationale Zusammenarbeit im Bereich der Finanzdienstleistungen fördern. Dies kann beispielsweise durch die Schaffung eines Forums zur Regulierung und Überwachung aller Aktivitäten, Operationen des Handels und Investitionen des Finanzsektors und seiner Investoren geschehen. Diese Instanz sollte auch über eine gerichtliche Instanz zur Sanktionierung schlechter Praktiken verfügen.

Problem Nr.6: Rohstoffe und wie wir diese gemeinsam nutzen

Um ein komfortables Leben führen zu können, benötigen Menschen Ressourcen, die ihren Lebensunterhalt und andere Bedürfnisse decken, seien es Wasser für die Landwirtschaft, Wälder als Ernährungsgrundlage und Refugium oder seltene Metalle für unsere Computer. Aber die Abhängigkeit der EU von der Einfuhr von Rohstoffen zur Weiterverarbeitung durch die europäische Industrie beschleunigt den Wettbewerb um diese Materialien und raubt den verletzlichsten Völkern armer Länder ihre Ressourcen und schädigt die Umwelt.

Hauptprobleme

Ein Drittel der Rohstoffe der EU wird importiert, was bedeutet, dass Europa wie keine andere Weltregion von diesen Importen abhängig ist. Ohne diese Rohstoffe gäbe es in Europa keine Automobil-, Chemie- und Bauindustrie. Und es ist möglich, dass sich diese Exportabhängigkeit durch die Politik der Förderung von Pflanzkraftstoffen und einer biologischen Wirtschaft noch verschärft. Das Ziel der EU beispielsweise, dass bis zum Jahre 2020 zehn Prozent der Kraftstoffe aus erneuerbaren Quellen stammen sollen, treibt den Landraub in den Entwicklungsländern an.

Diese Offensive für mehr Rohstoffimporte verdrängt Millionen von Menschen, schädigt weltweit die Umwelt und trägt zu Menschenrechtsverletzungen bei. Die Menschen die in den Gebieten leben wo Rohstoffe gewonnen werden, haben davon gewöhnlich keinen Nutzen, im Gegenteil, im allgemeinen leiden sie unter negativen Auswirkungen. Die Unternehmen, normalerweise transnationale Firmen, welche die Rohstoffgewinnung betreiben, vermeiden hingegen Steuern und Abgaben zu zahlen.

Die EU-Initiative für Rohstoffe konzentriert sich auf den effizienteren Einsatz von Rohstoffen, statt absolute und verbindliche Ziele zur Verringerung des Konsums einzuführen, während die neue Industriestrategie der EU verbunden mit dem Bereich der „biologischen Wirtschaft“ die Lage nur noch verschlechtern kann. Diese verfolgt das Ziel, an Stelle von fossilen Brennstoffen Biomasse für die Lieferung von Energie und als Rohstoff an alle europäischen Industrien zu liefern.

Der Plan gründet auf schon bestehenden oder noch zu erforschenden Biotechnologien, mit denen pflanzliches Material in fast jedes vorstellbare Produkt verwandelt werden kann, wie Bio-Plastik und neue Medikamente.

Die Notwendigkeit, eine beständige Versorgung mit Rohstoffen sicherzustellen, führt bei der EU zu einer immer aggressiveren Strategie, einen "freien" und unregulierten Handel zu erreichen. Beispielsweise verhandelt die EU seit einiger Zeit (bis jetzt allerdings ohne Erfolg), dass die WTO ein allgemeines Verbot für Exportsteuern verhängt, mit dem Ziel zu verhindern, dass die Länder ihre Rohstoffexporte begrenzen.

Die Perspektive des Alternativen Handelsmandats: Respekt vor den Ressourcen

Um zu einer größeren Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit im Umgang mit den Ressourcen zu gelangen, muss sich die EU klare Ziele zur Verringerung ihres Ressourcenverbrauchs, insbesondere bei Boden, mineralischen und energetischen Ressourcen, Wasser und Biomasse, setzen. Eine alternative Strategie für Handel und Investitionen muss die Importe sowohl von Rohstoffen, als auch von verarbeiteten Erzeugnissen verringern, vor allen Dingen bei solchen, die nicht unter gerechten und nachhaltigen Bedingungen hergestellt werden.

Wie ist das zu erreichen?

Die EU muss:

- sicherstellen, dass die in die EU importierten und dort verwendeten Rohstoffe weder zur Verletzung der Menschenrechte, noch zu Konflikten in den Ursprungsländern beitragen.
- gewährleisten, dass die Opfer von Menschenrechtsverletzungen, die durch Maßnahmen von Regierungen oder von Unternehmen der EU verursacht wurden, Zugang zu einem Rechtssystem und zu einer Entschädigung haben.
- die Anwendung von Regeln unterlassen, die in anderen Ländern eine Begrenzung ihrer Rohstoffexporte verhindern. Die Entwicklungsländer müssen das Recht behalten, ihre Exporte selbst zu regulieren. Dies schließt auch die Erhebung von Steuern auf Im- und Exporte ein und der Politik öffentlicher Auftragsvergabe. Die EU muss die Entscheidung des globalen Südens respektieren, die natürlichen Ressourcen für ihre eigenen Bedürfnisse zu verwenden.
- die Anwendung unterschiedlicher Zölle beenden, um dadurch den Anreiz für die Einfuhr verarbeiteter Erzeugnisse zu senken und umgekehrt den Anreiz für die Einfuhr von Rohstoffen zu erhöhen, um so die europäische Industrie zu schützen.
- mit ihren Handelspartnern freiwillige bilaterale Partnerschaften in Zusammenarbeit mit betroffenen Gemeinschaften und andern betroffenen Seiten mit dem Ziel verhandeln, die Produktionsstandards zu verbessern, die Weiterverarbeitung in den Exportländern zu entwickeln und den Süd-Süd-Handel begünstigen.
- diese bilateralen Abkommen dazu nutzen, zu garantieren, dass alle Investoren und Unternehmen die in der Gewinnung von Rohstoffen tätig sind, für ihre Maßnahmen sowohl in ihren Herkunftsländern als auch in ihren Gastländern rechtlich verantwortlich sind.
- gewährleisten, dass ihre Unternehmen und Investoren die Grundsätze des Steuerrechts

achten und weder Transfer-Pricing noch Steuervermeidung oder -hinterziehung begehen.

- bei ihren Plänen sich in eine Bio-Ökonomie zu verwandeln, die von importierter Biomasse abhängig ist, einen Schritt zurück machen. Denn dieses Konzept steigert drastisch den Einsatz von Land und Biomasse seitens der EU, ohne in angemessener Form die Probleme des ungehemmten Konsums anzugehen. Stattdessen müsste die EU ihr industrielles System ökologisch restrukturieren und ihre Produktion wieder mit dem sozialen Umfeld und der Umwelt verbinden. Dies muss in der Weise geschehen, dass die völlige Reduzierung des Materialverbrauchs und der Einsatz von Recyclingstoffen vorrangig ist, die Erzeugung von Abfällen minimiert wird und die Effizienz im Umgang mit Ressourcen gesteigert und der Gebrauch von Kraftstoffen verringert wird.
- die Macht und die Größe von transnationalen Unternehmen die im Bereich von Rohstoffen tätig sind, durch die Anwendung von Antimonopol-Gesetzen auf der nationalen wie auch auf EU-Ebene regulieren. Dies muss auch in Koordinierung mit anderen Regierungen mit dem Ziel stattfinden, Megaunternehmen, die den Bergbau, den Energiesektor und den Markt für Basiserzeugnisse im Agrarbereich beherrschen, aufzuspalten.

Die Regierungen der Entwicklungsländer müssen sicherstellen, dass:

- ihre Parlamente und lokalen Regierungen eine Hauptrolle bei Entscheidungsprozessen und der Überwachung, bei der Vergabe von Lizenzen, der Regulierung und Kontrolle bei der Verwendung erzeugter Gewinne, als auch deren Auswirkungen auf eine nachhaltige Entwicklung spielen.
- in alle Abkommen die in Kraft treten, die Unabhängigkeit und Integrität der Regierungsorgane, die mit der Genehmigung und Überwachung von Verträgen über die Gewinnung von Rohstoffen betraut sind, bestehen bleibt.
- die wirksame Beteiligung der Zivilgesellschaft, insbesondere die lokaler Gemeinschaften, bei Entscheidungsprozessen entlang der gesamten Wertschöpfungskette, von der Lizenzvergabe für Rohstoffgewinnung bis zur Zuweisung der erzeugten Einnahmen.

Problem Nr.7: Der Klimawandel und wie wir dessen Lasten gerecht aufteilen

Die internationalen Handels- und Investitionsabkommen sind eine jener Kräfte, die das Wachstum des industriellen Sektors mit hohem Energieverbrauch und Ausdehnung der intensiven Agrarwirtschaft antreiben und die wegen ihrer Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen mit immer höherem Ausstoß von Kohlendioxid einhergehen. Diese Aktivitäten wie auch das globale Luft- und Landverkehrssystem, das zur Verteilung industrieller und landwirtschaftlicher Waren erforderlich ist, erzeugen hohe Kohlendioxidemissionen, die zu gradenlosen Zerstörung der Wälder und Meere beitragen, die das Klima regulieren, aber auch den Klimawandel selbst.

Hauptprobleme

Der gefährliche Verzug im Kampf gegen den Klimawandel ist die direkte Folge unseres gegenwärtigen Wirtschaftssystems, in dem wir wegen der engen Verflechtung zwischen Regierungen und Unternehmensinteressen die Augen vor dem Problem verschließen. Diese Tendenz wird durch eine von internationalen Organisationen angewandte „weiche“ Gesetzgebung legitimiert, wie dies bei der Welthandelsorganisation WTO der Fall ist, der einzigen globalen Institution, die Länder dazu verpflichten kann, ihre nationale oder internationale Politik zu ändern, wenn sie der Auffassung ist, dass diese zu Verzerrungen des Marktes führt. Aus diesem Grund sind Regierungen sehr unwillig, Maßnahmen gegen die unternehmerische Agenda zu ergreifen, die diese bremsen könnten, weil sie ja vor der WTO anfechtbar wären.

Der wirtschaftliche Lösungsansatz angesichts des Klimawandels, mündete in falschen Problemlösungen, wie dem des unzulänglichen System der freiwilligen Zertifizierung (dessen Entscheidungsorgane von den gleichen Unternehmen beherrscht werden, bei denen man davon ausgeht, dass sie reguliert werden müssen) und dem Emissionshandelssystem der EU (ETS Emissions Trading Scheme), dem weltweit größten CO₂-Markt, auf dem Investoren und Unternehmen „Verschmutzungsrechte“ durch handelbare CO₂-Emissionsrechte erwerben können. Auch diese Regelung hat zur Auslösung von Umweltkonflikten im globalen Süden beigetragen.

Wie ist das zu erreichen?

Die EU muss:

- ihr mislungenes System des Emissionshandels (EU-ETS) aufgeben.
- verbindliche und strikte Ziele zur Energieeinsparung einführen. Das Ziel, die CO₂-Emissionen bis 2020 um 20 Prozent zu verringern (bezogen auf das Niveau von 1990), muss mindestens auf 60% Prozent bis 2030 erhöht werden und innerhalb der EU ohne Kompensation in anderen Teilen der Welt erfüllt werden.
- die Investitionen in neue Projekte und Technologien, die CO₂-Emissionen senken und Arbeitsplätze schaffen, steigern.
- beginnen, ihre „Klimaschulden“ bei den Entwicklungsländern zu bezahlen und freiwillige, bilaterale

Der EU kommt eine besondere Verantwortung für ihre Umweltgesetzgebung zu, die Mindestziele für den Einsatz von sog. Biokraftstoffen im Transport- und Verkehrswesen und spekulativen Praktiken zur Entwicklung einer Bio-Ökonomie einschließt (s. Abschnitt über Rohstoffe). Obwohl man das als ein Mittel zur Nutzung landwirtschaftlicher Abfälle präsentiert, verstärken beide Politiken die globale Nachfrage nach Land zur landwirtschaftlichen Produktion in industriellem Maßstab. Dies hat wesentliche Auswirkungen für die Ernährungssicherheit und den Preis von Nahrungsmitteln und fördert Landraub.

Unterdessen lassen die Regelungen über geistiges Eigentum die Kosten für umwelt- und klimafreundliche Technologien steigen und machen es für Entwicklungsländer unmöglich, Entwicklungspfade einzuschlagen, die auf Nachhaltigkeit, niedrigen Emissionen und Klimabeständigkeit beruhen.

Die Perspektive des Alternativen Handelsmandats: Dringende Maßnahmen gegen den Klimawandel

Ein neuer, ehrgeiziger, gerechter Ansatz und das Absenken von Emissionen muss die gegenwärtige Logik der EU, die auf Wirtschaftswachstum um jeden Preis beruht, ersetzen.

Abkommen zur Unterstützung von Programmen zur Anpassung und Milderung des Klimawandels in Gang setzen, die aus Fonds und zusätzlichen öffentlichen Quellen finanziert werden.

- im Süden die Schaffung lokaler und nachhaltiger Lieferketten unterstützen, um so eine solide, ökologische Wirtschaft zu entwickeln, die zur Unterstützung der lokalen Gemeinschaften fähig ist. Das kann man durch Zahlungen aus den Fonds zur Abtragung der Klimaschulden sicherstellen. Dadurch kann man energieintensive Importe verteuern oder energieeffizienten Exporteuren Steuernachlässe einräumen.
- einen alternativen Rahmen über die Regeln des intellektuellen Eigentums unterstützen, der lokale, grüne Technologien fördert statt sie zu behindern, muss für Entwicklungsländer den Transfer von Technologien für niedrige CO₂-Emissionen ermöglichen und die Entwicklung klimafreundlicher Landwirtschaft für Kleinbauern unterstützen.

Die internationale Gemeinschaft muss:

- eine gemeinschaftliche Antwort auf diese Probleme geben und festlegen, wie jedes Land in Abhängigkeit von seiner historischen Verantwortung die Emission von Treibhausgasen verringern wird.

Problem Nr.8: Öffentliche Dienstleistungen (und wie wir sie schützen)

Der wachsende bürgerliche Widerstand gegen den Abbau öffentlicher Dienstleistungen hat bis zum heutigen Tag wenig Einfluss auf die Handels- und Investitionspolitik der EU gehabt. Wesentliche Dienste der öffentlichen Daseinsvorsorge wie Energie- und Wasserversorgung, Bildung, Gesundheit und soziale Dienste müssen gegen offensive wirtschaftliche Interessen und Preisgabe an den freien Markt geschützt werden.

Hauptprobleme

Die aggressive Handelsstrategie zur Liberalisierung der Märkte in der EU gefährdet nicht nur den hohen sozialen Wert der öffentlichen Dienstleistungen, sondern untergräbt auch gleichzeitig die entscheidende Rolle, welche die Dienste der öffentlichen Daseinsvorsorge bei der Förderung und Stabilisierung der wirtschaftlichen Entwicklung innehaben.

Einschließlich der Basisbereiche wie Gesundheit, Bildung oder Energie suchen die Anführer des freien Marktes die Verhandlungsposition der großen Unternehmen durch schärfere Wettbewerbsregeln und eine bedeutende Beschränkung des notwendigen gesetzlichen Spielraums zu verbessern, der demokratische Anforderungen gegen missglückte Liberalisierungs- und Privatisierungspolitik verteidigt. Obwohl viele Jahre hindurch Körperschaften wie Gewerkschaften, NGO's und lokale Regierungen harte Kritik vorgebracht haben, schenkt die Europäische Kommission dem keinerlei Beachtung und zeigt keine Bereitschaft, die Forderungen nach einem Ausschluss öffentlicher Dienstleistungen aus dem Bereich von Freihandelsabkommen zu erfüllen.

Die Perspektive des Alternativen Handelsmandats: Ausschluss der öffentlichen Daseinsvorsorge aus Freihandelsabkommen

Die EU erklärt ihre verbindliche Verpflichtung zu den Werten der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaat und Menschenrechte. Auch verkündet sie als eines ihrer Ziele eine Gesellschaft zu fördern, in der Pluralismus, keine Diskriminierung, Toleranz, Gerechtigkeit, Solidarität und Gleichheit herrschen. Außerdem legt ihr Gründungsvertrag ausdrücklich fest, dass die gleichen Grundsätze auch in allen ihren Außenangelegenheiten anwenden wird. Damit ist der Schutz des hohen gemeinnützigen Wertes öffentlicher Dienstleistungen zweifellos sowohl innerhalb, als auch außerhalb Europas eine Angelegenheit politischer Kohärenz. In Anerkennung der positiven Auswirkungen des universellen Zugangs zu qualitativ guten öffentlichen Dienstleistungen für die soziale Entwicklung, darf die Handels- und Investitionspolitik der EU den gesetzlichen Handlungsspielraum der im Kampf gegen Ungleichheit und für sozialen Fortschritt erforderlich ist, nicht untergraben.

Wie ist das zu erreichen?

Die EU muss:

- ihre Neigung umkehren, in den Freihandelsverhandlungen den offensiven unternehmerischen Interessen an der Liberalisierung der öffentlichen Dienstleistungen Vorrang einzuräumen und beginnen, diese zu schützen und aus dem Bereich der Freihandels- und Investitionsabkommen auszuschließen. Letzteres darf nicht den gesetzlichen Spielraum auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene untergraben, der notwendig ist, um demokratische Anforderungen für (De)Regulierung und die Aufgabe missglückter Privatisierungsmaßnahmen zu erfüllen.
- den Handels- und Investitionsverhandlungen ein Ende setzen, welche die Liberalisierung öffentlicher Dienstleistungen in anderen Ländern fördern; stattdessen muss die demokratische Kontrolle, Qualität und Verfügbarkeit öffentlicher Dienstleistungen sowohl innerhalb als auch außerhalb Europas gestärkt werden.
- die wesentliche Rolle anerkennen, die ein starker Sektor öffentlicher Dienstleistungen in der Anregung und Stabilisierung der wirtschaftlichen Entwicklung spielt und ihre krisengeprägte Orientierung auf den freien Markt im Umfeld der Wirtschafts- und Handelspolitik durch eine neue Sichtweise ersetzen, die sich auf die Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen richtet.

Problem Nr.9: Öffentliche Beschaffung - ein Mittel zur sozialen Entwicklung und nicht zur Förderung des Handels

Die öffentliche Beschaffung ist ein Vorgang, mit dem Zentral- und lokale Regierungen, Einrichtungen, die durch öffentliches Recht geregelt werden und Erbringer öffentlicher Dienstleistungen Güter, Arbeitsleistungen und Leistungen einkaufen. Die öffentliche Beschaffung ist traditionell wegen ihrer Bedeutung zur Förderung nationaler und lokaler strategischer Belange (beispielsweise kann öffentliche Beschaffung zur Entwicklung örtlicher Unternehmen beitragen) von multilateralen Handelsverhandlungen ausgeschlossen gewesen.

Hauptprobleme

Mit dem Ziel, europäischen multinationalen Unternehmen neue Möglichkeiten zu eröffnen, damit sie an Ausschreibungen bei der öffentlichen Beschaffung in anderen Ländern mitbieten können, hat die EU aktiv die Einbeziehung solcher Leistungen in Handelsabkommen gefördert.

Diese Herangehensweise im Umgang mit öffentlicher Beschaffung stellt in der Praxis einen verdeckten Mechanismus dar, mit dem die EU europäischen Unternehmen neue Märkte eröffnen kann und gleichzeitig den gesetzlichen Handlungsspielraum verkleinert, über den Regierungen zur Führung ihrer eigenen Wirtschaft verfügen.

Die Perspektive des Alternativen Handelsmandats: Öffentliche Beschaffung ist ein Mittel zur sozialen Entwicklung

Es ist wesentlich, dass die Handelsabkommen nicht die Fähigkeit öffentlicher Institutionen in den industrialisierten und den Entwicklungsländern gefährden, das Geld ihrer Steuerzahler umsichtig zu verwenden. Die öffentliche Beschaffung ist ein leistungsfähiges Mittel, das man zur Schaffung und zum Unterhalt lokaler, gesunder Wirtschaft, der Förderung gerechter Gesellschaften und der Gewährleistung des Umweltschutzes einsetzen kann. Besonders in Entwicklungsländern ist öffentliche Beschaffung ein äußerst wichtiges makroökonomisches Instrument zur Unterstützung entstehender Industrien, vor allem in Zeiten einer Rezession.

Wie ist das zu erreichen?

Die EU muss:

- öffentliche Beschaffung als ein Mittel zur Förderung von Entwicklung und sozialer Gerechtigkeit begreifen und nicht als einen Mechanismus für Handelswachstum.
- in ganz Europa die öffentlichen Institutionen dazu anregen, Kaufentscheidungen informiert und strategisch zu treffen, damit öffentliche Ausgaben bestmöglichen Nutzen bringen.
- zulassen, dass ihre eigenen Bestimmungen sich zu Gunsten einer nachhaltigen öffentlichen Beschaffung entwickeln, was sich in zukünftigen Handelsverhandlungen widerspiegeln muss.
- dass ihre Haltung zur öffentlichen Beschaffung offen für die Prüfung und Kommentierung durch die Zivilgesellschaft sein muss und nicht von den Einzelinteressen großer Unternehmen aus Drittländern beherrscht wird.

Die Regierungen der Entwicklungs- und weniger entwickelten Länder müssen:

- um mit der EU freiwillige Verhandlungen über öffentliche Beschaffung zu beginnen, sicherstellen, dass man ihnen Schutzmechanismen anbietet, die ihre Zahlungsbilanz sichern und garantieren, dass ausreichende Reserven zur Durchführung von Wirtschaftsprogrammen, der Einrichtung oder Entwicklung nationaler Industrien und Unterstützung von Industrien, die von öffentlichen Verträgen abhängen, vorhanden sind.
- darauf bestehen, dass man in den Vereinbarungen mit der EU über öffentliche Beschaffung die Bereitschaft für nachhaltige Beschaffung mit einschließt.

Problem Nr.10: Geistiges Eigentum (und wie es menschlichen Werten dienen kann)

Autorenrechte, Patentrechte, Handelsmarken und andere Formen „geistigen Eigentums“, darunter Saatgut, Medikamente und industrielle Erfindungen, gestehen ihren Inhabern die das geistige Eigentum an diesen Gütern besitzen, deren ausschließliche Nutzung zu. Die Inhaber dieser Rechte können Innovationen durch Wettbewerber behindern und Monopolpreise festsetzen, die den Zugang zu wesentlichen Wissensgütern, wie bei Medikamente, beeinträchtigen. Die Handelsabkommen beinhalten gewöhnlich Regeln über geistiges

Eigentum, die noch anspruchsvoller sind als die Abkommen, über die mit dem Handel verbundenen Aspekte der Rechte an geistigem Eigentum (TRIPS) der Welthandelsorganisation (WTO) und der Weltorganisation für geistiges Eigentum (WIPO).

Hauptprobleme

Die von den Inhabern geistigen Eigentums sich in wachsendem Maße ausdehnende rechtliche Inanspruchnahme des Rechts hieran, von den Regierungen der entwickelten Länder und internationalen Organisationen gefördert, hat unter anderem dazu geführt, dass Pharma-Unternehmen die Einführung generischer Medikamente verzögern, dass Softwarepatente den Wettbewerb und entsprechende Innovationen behindern und die Rechte von Bauern und Bäuerinnen an Saatgut und Pflanzensorten untergraben.

Das System des geistigen Eigentums erschwert auch den Austausch von Wissen, beschränkt den Zugang zu Medikamenten und behindert den Kampf gegen den Klimawandel. Seine strikte Anwendung beschränkt die Freiheit zu Innovation und Wettbewerb und gefährdet den Zugang zu Wissen und den vernünftigen Schutz von Rechten, Meinungsfreiheit, die Privatsphäre und anderer bürgerliche Rechte. In einigen Bereichen führen geringe Anreize im Patentbereich zu fehlender Forschung z. B. über seltene, aber gefährliche Krankheiten.

Darüber hinaus beabsichtigt die EU, ihre Gesetze über geistiges Eigentum und deren Anwendung mittels Handelsabkommen zu exportieren. Damit läuft sie Gefahr, in diesem Thema in verdeckter Form zu agieren und dass geheime Handelsverhandlungen in die EU-Gesetzgebung Eingang finden.

Auf der internationalen Ebene ist zur Festlegung und Regulierung dieser Rechte eines der wichtigsten Instrumente das Abkommen über Aspekte mit dem Handel verbundener geistiger Eigentumsrechte (TRIPS), das von der Welthandelsorganisation (WTO) erstellt wurde. Darüber hinaus gehende Abkommen, als TRIPS plus bezeichnet, bedrohen durch Nichtbeachtung der lokalen Bedürfnisse, die nationalen Interessen, die technologischen Fähigkeiten, die institutionellen Möglichkeiten und Bedingungen der öffentlichen Gesundheit in vielen geringer entwickelten Ländern.

Die Perspektive des Alternativen Handelsmandats: Ein System des geistigen Eigentums im Dienste strategischer Interessen und menschlicher Werte

Wenn Rechte an geistigem Eigentum im Rahmen der Menschenrechte, des Verbraucherschutzes, des Wettbewerbs, der Gesetze zum Schutz der Privatsphäre und der Entwicklungsziel der EU aufgestellt, ausgelegt und erfüllt werden, wird das zur Stärkung der EU und der Entwicklungsländer führen und den menschlichen Werten dienen.

Wie ist das zu erreichen? ¹⁾

Die EU und andere Beteiligte müssen:

- eine breite öffentliche Beteiligung fördern und die Formulierung von Politik sowohl auf Forschung gründen und nicht auf Glauben, Ideologie oder die Beeinflussung durch große Unternehmen, als auch auf die Anwendung transparenter, methodischer Studien, auf Sachverhalte, Finanzierungsquellen und dahinterliegender, öffentlich dokumentierten Daten.
- Rechte durch ordnungsgemäße Verfahren und gerechte Urteile respektieren und eine angemessene Schwelle für Beweislasten wahren, die übermäßige Ausdehnung ziviler, strafrechtlicher Verantwortung und die Dritter verhindern, in strikter Weise die Verantwortlichkeit bei der Ausführung von an private Akteure delegierten öffentlichen Vorschriften kontrollieren, gewährleisten, dass rechtliche Sanktionen vernünftig und verhältnismäßig sind und keine
- Beschränkungen des Zugangs zu Gütern und wesentlichen Dienstleistungen beinhalten, einschließlich des Zugangs zum Internet, zu notwendigen Medikamenten und Lernmaterialien.
- ein dauerhaftes Moratorium über eine neue Ausdehnung von Urheberrechten, anderen verwandten Rechten und des Patentschutzes verhängen und freie/offene Software unter die gleichen Wettbewerbsbedingungen wie patentierte Software stellen, den Gebrauch von offenen Standards für die von oder für öffentliche Institutionen erzeugten Informationen verlangen, der Öffentlichkeit den freien und uneingeschränkten Zugang zu allen von der Regierung finanzierten Aktivitäten gewähren.
- sicherstellen, dass internationales Recht in der Weise ausgelegt wird, dass man den Staaten größtmögliche Flexibilität bei der Ergreifung von Beschränkungen und Ausnahmen zugesteht, die an ihre kulturellen und wirtschaftlichen Umstände angepasst sind; verbindliche internationale Ab-

kommen unterstützen, die verpflichtende Mindestbeschränkungen und -ausnahmen vorsehen.

- öffentliche Mittel für Anreizmodelle einsetzen, die nicht auf Patenten beruhen, wie Innovationspreise besonders für solche Bereiche, in denen Anreize für Patente selten sind, wie bei der Forschung über vernachlässigte Krankheiten und in den Entwicklungsländern die Schaffung des Zugangs zu Medikamenten mit einem guten Kosten-Nutzen-Verhältnis.
 - Reformen durchführen, welche die Zuteilung oder den Fortbestand eines Patentbesitzes begrenzen, das für die Öffentlichkeit keinen Netto-Nutzen aufweist und Material und patentfähige Erfindungen kontrollieren.
- sich vergewissern, dass die aktuellen Vorschläge für eine globale Reform der Urheberrechte und Patente vollständig die Unwägbarkeiten für die Entwicklung und Folgen für die Entwicklungsländer mit einbeziehen.
 - Initiativen in den Entwicklungsländern ermutigen, mehr Gebrauch von der Flexibilität, den Beschränkungen und Ausnahmen bezüglich des geistigen Eigentums zu machen, um Ziele öffentlicher Politik in Bereichen wie Gesundheit, Bildung, Landwirtschaft, Ernährung und Technologie-Transfer zu fördern.

1) Dieser Abschnitt beruht auf der Washingtoner Erklärung über geistiges Eigentum und öffentliches Interesse
<http://infojustice.org/washington-declaration>

Liste der Unterzeichner

Europa

ActionAid Nederland
Africa-Europe Faith and Justice Network (Europa)
African Roots Movement (Niederlande)
Afrika Contact (Dänemark)
Afrikagrupperna (Schweden)
Aitec (Frankreich)
Alternative Trade Network (Griechenland)
ASEED Europe
Attac Austria (Österreich)
Attac France (Frankreich)
Attac Germany (Deutschland)
Attac Hungary (Ungarn)
Attac Spain (Spanien)
Both ENDS (Niederlande)
CAWN (Vereinigtes Königreich)
CNCD (Belgien)
Colibri (Deutschland)
Comhlanh (Irland)
Commission For Filipino Migrant Workers (Niederlande)
Confédération paysanne (Frankreich)
Corporate Europe Observatory (Belgien)
Ecologistas en Accion (Spanien)
European Milk Board
Fair Trade Advocacy Office (Europa)
Fairwatch (Italien)
FIAN Netherlands (Niederlande)
FNV (Niederlande)
France Amérique Latine (Frankreich)
Friends of the Earth Europe
GMB (Vereinigtes Königreich)
Hegoa (Spanien)
KOOOP Natin (Niederlande)
Landelijke India Werkgroep (Niederlande)
Milieudefensie (Niederlande)
Misereor (Deutschland)
National Peace and Justice Network (Vereinigtes Königreich)
ODG Catalonia (Spanien regional)
OIKOS (Niederlande)
Philippinen Büro in Europe
Platform Aarde Boer Consumer (Niederlande)
Platform of Filipino Migrant Organisations (Europa)
Powershift (Deutschland)

RESPECT Network in Europe
Schone Kleren Campagne (Niederlande)
SOMO (Niederlande)
STRO (Niederlande)
Supermacht (Niederlande)
Terra Nueva (Italien)
Trade Justice Movement (Vereinigtes Königreich)
Traidcraft (Vereinigtes Königreich)
Transnational Institute (Niederlande)
TRUSTED Migrants (Niederlande)
Vedegylet (Ungarn)
La Via Campesina Europe
War on Want (Vereinigtes Königreich)
WEED (Deutschland)
Wemos (Niederlande)
WILPF Niederlande
XminY (Niederlande)
Za Zemiata

Außer-europäisch

Netzwerke und regionale Organisationen

Alianza Social Continental (Lateinamerika)
Common Frontiers (Kanada)
EU-ASEAN regional campaign network (Asien)
Focus on the Global South (Asien)
Plataforma interamericana de derechos humanos, democracia y desarrollo (Lateinamerika)
Polaris Institute (Kanada)
Red Mexicana de Acción Frente al Libre Comercio - Mexico
Réseau québécois sur l'intégration continentale (Kanada)
Trade Justice Network (Kanada)

Nationale Organisationen

Attac Argentina (Argentinien)
Comisión nacional de Enlace (Ecuador)
Ecuador Decide (Ecuador)
Indonesia for Global Justice (Indonesien)
Institute for policy studies - Global Economy Project (Vereinigte Staaten)
Kromantse Foundation (Ghana)
Monitoring sustainability of globalization (Malaysia)
Social Development Cooperative (Ghana)
Unidad ecologica salvadoreña (El Salvador)



**Die Menschen
und
der Planet
an erster Stelle**

Unterstütze das
Alternative
Handelsmandat

